


Entschließung
des Nationalrates vom 2. Juli 2019
betreffend Zusammenrechnung der NSchG-Belastungen

Die Bundesregierung insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz wird ersucht, zu den bestehenden Kriterien neue Belastungskriterien für Schwerarbeit aufgrund der Veränderungen der Anforderungen die an ArbeitnehmerInnen gestellt werden, zum Beispiel länger und flexibler zu arbeiten, neu festzulegen.
Entschließung
des Nationalrates vom 2. Juli 2019

betreffend Konversionstherapien stoppen

Die Bundesregierung, insbesondere die zuständige Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, unter Einbindung der wissenschaftlichen Fachvereinigungen unverzüglich eine Regierungsvorlage auszuarbeiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung zu übermitteln, mit der die Ausübung von Konversions- und vergleichbaren „reparativen Therapieformen“ an Minderjährigen verboten wird.
Entschließung des Nationalrates vom 2. Juli 2019

betreffend tägliche Bewegungseinheit für alle Kinder und Jugendlichen im Pflichtschulalter

Entschließung
des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Antrag auf Sonderprüfung des Familienfests im Schlosspark Schönbrunn – Verstoß gegen das Vergabegesetz und Verdacht auf Parteienfinanzierung durch die Hintertür durch Alt-Bundeskanzler Kurz


Entschließung
des Nationalrates vom 3. Juli 2019
betreffend Ermöglichung des Zugangs zur Schwerarbeiterregelung für Justizwachebeamte

Die Bundesregierung wird ersucht, schnellstmöglich die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Exekutivorganen der Justizwache den Zugang zur Schwerarbeiterregelung für besonders belastende Berufstätigkeiten, mit erhöhter Gefährdung, bei denen das tatsächliche regelmäßige Risiko für Leib und Leben im Einsatz die Grenze von allgemein akzeptierter Gefahr in erheblichem Ausmaß übersteigt, ermöglichen.
Entschließung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Aufhebung der Bezugskürzung während der vorläufigen Suspendierung

Die Bundesregierung, insbesondere der zuständige Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport wird aufgefordert, die im § 112 Abs 4 BDG 1979 zwangsläufig vorgesehene Bezugskürzung im Fall von vorläufigen Suspendierungen gem. § 112 Abs. 1 Z. 3 entfallen zu lassen.
Entschließung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Evaluierung der Aufsichtsratvergütungen im Bereich jener Unternehmen, in denen die jeweiligen Bundesministerien Eigentümerrechte der Republik ausüben


Entschließung
des Nationalrates vom 3. Juli 2019
betreffend Bundesheer – Sicherheit ist uns auch etwas Wert


In den weiteren Jahren sind die notwendigen budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen, um einen verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres zu gewährleisten.

Große Beschaffungsvorhaben, wie zum Beispiel Flugzeuge für die Luftraumüberwachung, sind durch weitere Investitionspakete zusätzlich zum Regelbudget abzudecken.
Entschließung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Aufstockung der Mittel für den „Raus-aus-dem-Öl-Bonus“ 2019 und
Sicherstellung einer entsprechenden Förderung 2020

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus in
Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert,

1.) den Zusagerahmen für die Sanierungsoffensive 2019 um 10 Mio. Euro raschestmöglich (bis
1. August 2019) aufzustocken und dadurch eine Fortsetzung dieser erfolgreichen Förderungsaktion
im heurigen Jahr zu ermöglichen sowie

2.) im Sinne einer kontinuierlichen Ausrichtung der Förderpolitik in diesem Bereich den Zusagerahmen
für die Sanierungsoffensive 2020 zumindest in gleicher Höhe wie 2019 festzulegen.
Entschließung
des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Aufstockung der Förderungsmittel für die Sanierungsoffensive 2019 mit dem „Raus aus dem Öl-Bonus“

Die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus und der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert,


2. zukünftig das Förderregime der Sanierungsoffensive jährlich zu evaluieren und die Ergebnisse zu veröffentlichen.
Entschließung
des Nationalrates vom 3. Juli 2019
betreffend „Werbekostenstopp für das Digitale Amt“

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, wird aufgefordert, die Bewerbung des Digitalen Amts unverzüglich zu stoppen, bis die versprochenen Services auf allen Endgeräten funktionieren und wirklich jeder und jede BürgerIn ohne Einschränkung daran teilhaben kann.
Entschließung


In den weiteren Jahren sind die notwendigen budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen, um einen verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres zu gewährleisten.

Große Beschaffungsvorhaben, wie zum Beispiel Flugzeuge für die Luftraumüberwachung, sind durch weitere Investitionspakete zusätzlich zum Regelbudget abzudecken.“
Entschließung
des Bundesrates vom 11. Juli 2019 betreffend 100 Prozent Ökostrom bis 2030

angenommen anlässlich der Debatte über den Entschließungsantrag der Bundesräte David Stögemüller, Dr. Gerhard Leitner Kolleginnen und Kollegen betreffend 100 Prozent Ökostrom bis 2030 (261/A(E)-BR/2019)

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus wird aufgefordert, weiterhin intensiv an einem Gesetzesvorschlag zu arbeiten und diesen ehest dem Parlament zur Begutachtung vorzulegen, der die Erreichung des neuen Ausbauzieles von 100 Prozent Ökostrom bis 2030 gewährleistet.„
Entschließung
des Bundesrates vom 11. Juli 2019 betreffend Erklärung des Climate Emergency

angenommen anlässlich der Debatte über den Entschließungsantrag der Bundesräte Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, Korlina Schumann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erklärung des Climate Emergency (267/A(E)-BR/2019)

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- den Climate Emergency zu erklären und damit die Eindämmung der Klima- und Umweltkrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen,
- zusätzlich zu den Veröffentlichungen österreichischer gesetzlicher Institutionen die wissenschaftlichen Berichte des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC), des „Austrian Panel on Climate Change“ (AFCC) und der "Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services" (IPBES) als sachliche Grundlage für zukünftige Klima- und Umweltpolitik heranzuziehen,
- bei zukünftigen Entscheidungen auch stets die Auswirkungen auf das Klima und den Klimaschutz feststellen zu lassen, transparent und nachvollziehbar darzustellen und zu berücksichtigen.
- die österreichische Bevölkerung über alle öffentlichen Kanäle umfassend und beständig über die Klima- und Umweltkrise, ihre Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen diese ergriffen werden, zu informieren.
- sich auf EU- und internationaler Ebene für die Erreichung des 1,5°C-Ziels politisch einzusetzen, entsprechende Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz auch von anderen Ländern einzufordern, sich für Erneuerbare Energien und gegen Energiegewinnung mittels Kernspaltung auszusprechen, sowie die Erfüllung des globalen Ziels durch den eigenen angemessenen Beitrag von Österreich zur Treibhausgasreduktion voranzutreiben.
- bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen mit den Bundesländern und Gemeinden zu kooperieren und sich mit diesen abzustimmen.‘‘
Entschließung

des Bundesrates vom 11. Juli 2019 betreffend Abschaffung der Eigenverbrauchsabgabe

angenommen anlässlich der Debatte über den Entschließungsantrag der Bundesräte David Stögemüller, Dr. Gerhard Leitner, Kolleginnen und Kollegen betreffend 100 Prozent Ökostrom bis 2030 (261/A(E)-BR/2019)

„Die Bundesregierung wird ersucht, die Initiative zur Abschaffung der Eigenverbrauchsabgabe (Elektrizitätsabgabe) für vor Ort und Stelle erzeugten und verbrauchten Photovoltaikstrom zu unterstützen."